

Und was hat die Holzwirtschaft von der Politik?

- Vortrag im Rahmen des 43. Freiburger Winterkolloquiums -

- von Bastian Kaiser -

- am 25. Januar 2024 -

Thesen

1. Die (forstliche) Politik der vergangenen 10 bis 20 Jahre hat(te) die Kund*innen der Waldwirtschaft nicht im Blick.
2. Sie ist nicht mit dem Instrumentarium der allgemeinen Wirtschaftsförderung abgestimmt.
3. Sie steht teilweise im Widerspruch zu anderen (Förder-)Maßnahmen innerhalb derselben Branche und aus denselben Ministerien.
4. Sie dient(e) eher einem Nachteilsausgleich als der Honorierung von bestimmbaren und wünschenswerten Leistungen der Wälder und/oder der Waldbesitzenden.
 - a. Solche Nachteile ergaben sich aus abiotischen und biotischen Ereignissen oder als Folgen wald- und naturschutzpolitischer Vorgaben.
5. Die Förderpolitik honoriert nicht das Erreichen eines Ziels oder Zustands, sondern (nur) Maßnahmen, die den Zielen und Zuständen dienen sollen.

Thesen

6. Die Förderpolitik honoriert insbesondere verändertes Verhalten der Waldbesitzenden. Intrinsisch motiviertes Verhalten im Sinne der Förderziele geht leer aus.
7. Die überwiegend hiebssatzbezogene Förderung wurde weitgehend durch eine flächen- oder maßnahmenbezogene Förderung abgelöst.
8. Es gibt eine Förderkulisse für die Waldwirtschaft und eine für die Branchen nach der Holzwirtschaft. Für die Holzwirtschaft selbst gibt es (zu) wenig.
9. Die forstliche Förderpolitik hat sich von einer holzfördernden Politik zu einer Politik der Diskriminierung der Holznutzung (stofflich und thermisch) entwickelt.

Thesen

1. Die (forstliche) Politik der vergangenen 10 bis 20 Jahre hat(te) die Kund*innen der Waldwirtschaft nicht im Blick.

„Die Politik“ wirkt über

- die Gesetzgebung

aktuell: Novellierung des Bundeswaldgesetzes und
(im Nachgang?) des Landeswaldgesetzes

Thesen

1. Die (forstliche) Politik der vergangenen 10 bis 20 Jahre hat(te) die Kund*innen der Waldwirtschaft nicht im Blick.

Gutachten: Entwurf für neues BWaldG verfassungswidrig

Durch den im Gesetzentwurf für ein neues Bundeswaldgesetz vorgesehenen Wechsel **von der Nutzfunktion des Waldes hin zu einem Vorrang für die Walderhaltung** wird die Sozialbindung des Eigentums überdehnt, heißt es u.a. im Gutachten der auf Verfassungsrecht spezialisierten Düsseldorfer Kanzlei Dombert, das von den Verbänden AGDW – Die Waldeigentümer und Familienbetriebe Land und Forst mit Unterstützung der Betriebsleiterkonferenz (BLK) der AGDW in Auftrag gegeben wurde. Gutachter Tobias Roß von der Kanzlei Dombert stellte fest, dass die vorgesehene Beschränkung der Baumartenwahl, die **Herabstufung der Holzproduktion** und die Begrenzung anderer waldbaulich-betrieblicher Freiheiten die Grundrechte des Eigentums und der Berufsfreiheit verletzen. Auch die neu eingeführten Strafvorschriften verstoßen seiner Ansicht nach gegen das Bestimmtheitsgebot und den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.

Quelle: Holz-Zentralblatt Newsletter vom 17.01.24

Thesen

1. Die (forstliche) Politik der vergangenen 10 bis 20 Jahre hat(te) die Kund*innen der Waldwirtschaft nicht im Blick.

„Die Politik“ wirkt über

- **die Gesetzgebung**

aktuell: Novellierung des Bundeswaldgesetzes und
(im Nachgang?) des Landeswaldgesetzes

- **finanzielle Förderungen für die Waldbesitzenden**

- im Sinne von „Nothilfen“ bei großen Schadereignissen
- als Anreiz zu bestimmten Maßnahmen oder Unterlassungen
- Im Sinne von „Entschädigungen“

Thesen

1. Die (forstliche) Politik der vergangenen 10 bis 20 Jahre hat(te) die Kund*innen der Waldwirtschaft nicht im Blick.

Die Forst- und Waldpolitik setzt fast ausnahmslos im Waldbesitz an, nicht in der Holzwirtschaft.

Eine eventuelle Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit des Waldbesitzes und/oder seiner Holz-Kunden und -kundinnen spielt eher keine Rolle.

Das ist in anderen Branchen durchaus anders:

- Förderung Schlachthöfe Metzgereien und Endkunden
- Hygieneauflagen Gastronomie Gäste
- Reduktion Prozessenergie und CO₂-Emission im Maschinenbau

Thesen

1. Die (forstliche) Politik der vergangenen 10 bis 20 Jahre hat(te) die Kund*innen der Waldwirtschaft nicht im Blick.

Die Forst- und Waldpolitik setzt fast ausnahmslos im Waldbesitz an, nicht in der Holzwirtschaft.

Eine eventuelle Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit des Waldbesitzes und/oder seiner Holz-Kunden und -kundinnen spielt eher keine Rolle.

Es gibt keine **kundenorientierte Forstpolitik**,
keinen **kundenorientierten Waldbau**
und auch keine
„klimapolitische“ Preispolitik im Rundholzmarkt

Thesen

1. Die (forstliche) Politik der vergangenen 10 bis 20 Jahre hat(te) die Kund*innen der Waldwirtschaft nicht im Blick.

Die Forst- und Waldpolitik setzt fast ausnahmslos im Waldbesitz an, nicht in der Holzwirtschaft.

Eine eventuelle Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit des Waldbesitzes und/oder seiner Holz-Kunden und -kundinnen spielt eher keine Rolle.

Probleme:

1. Vielfalt der Kunden
2. und der Anforderungen an den Rohstoff durch die sehr unterschiedlichen „Holz-Kunden“

Thesen

1. Die (forstliche) Politik der vergangenen 10 bis 20 Jahre hat(te) die Kund*innen der Waldwirtschaft nicht im Blick.
2. Sie ist nicht mit dem Instrumentarium der allgemeinen Wirtschaftsförderung abgestimmt.

Eine ressortübergreifende „Forst-und-Holz-Politik“ ist nicht oder nur sehr selten zu erkennen!

Auch die Politikebenen (EU, Bund, Land) scheinen kaum abgestimmt zu sein.

Thesen

1. Die (forstliche) Politik der vergangenen 10 bis 20 Jahre hat(te) die Kund*innen der Waldwirtschaft nicht im Blick.
2. Sie ist nicht mit dem Instrumentarium der allgemeinen Wirtschaftsförderung abgestimmt.
3. Sie steht teilweise im Widerspruch zu anderen (Förder-)Maßnahmen innerhalb derselben Branche und aus denselben Ministerien.

Beispiele:

Holzbau-Offensive des Bundes mit der
Holzbau-Offensive des Landes

Holzbau-Offensiven vs. klimaangepasste
Waldmanagement

Holzbau-Offensiven vs. Ausweitung der Wald-
Nationalparke

Thesen

1. Die (forstliche) Politik der vergangenen 10 bis 20 Jahre hat(te) die Kund*innen der Waldwirtschaft nicht im Blick.
2. Sie ist nicht mit dem Instrumentarium der allgemeinen Wirtschaftsförderung abgestimmt.
3. Sie steht teilweise im Widerspruch zu anderen (Förder-)Maßnahmen innerhalb derselben Branche und aus denselben Ministerien.
4. Sie dient(e) eher einem Nachteilsausgleich als der Honorierung von bestimmbaren und wünschenswerten Leistungen der Wälder und/oder der Waldbesitzenden.
 - teilweiser Ersatz von Zusatzkosten für politisch gewollte Maßnahmen (Naturschutz, Klimaschutz, Waldumbau, etc.)
 - Entschädigung für entgehende/entgangene Gewinne
 - Soforthilfen bei Kalamitäten

12

Thesen

1. Die (forstliche) Politik der vergangenen 10 bis 20 Jahre hat(te) die Kund*innen der Waldwirtschaft nicht im Blick.
2. Sie ist nicht mit dem Instrumentarium der allgemeinen Wirtschaftsförderung abgestimmt.
3. Sie steht teilweise im Widerspruch zu anderen (Förder-)Maßnahmen innerhalb derselben Branche und aus denselben Ministerien.
4. Sie dient(e) eher einem Nachteilsausgleich als der Honorierung von bestimmbaren und wünschenswerten Leistungen der Wälder und/oder der Waldbesitzenden.
5. Die Förderpolitik honoriert nicht das Erreichen eines Ziels oder Zustands, sondern (nur) Maßnahmen, die den Zielen und Zuständen dienen sollen.

Thesen

6. Die Förderpolitik honoriert insbesondere verändertes Verhalten der Waldbesitzenden. Intrinsisch motiviertes Verhalten im Sinne der Förderziele geht leer aus.

Die Förderpolitik zielt auf Veränderung.

Zu frühes „richtiges“, politisch gewolltes Handeln wird nicht honoriert: **Programm – Antrag – Umsetzung – Honorierung**

Rückwirkende Honorierung ist i.d.R. nicht möglich.

Frühe Innovatoren werden „bestraft“, die späte Mehrheit profitiert am meisten.

Eigeninitiativen sind in diesem Sinne eher „förder-schädlich“.

Thesen

6. Die Förderpolitik honoriert insbesondere verändertes Verhalten der Waldbesitzenden. Intrinsisch motiviertes Verhalten im Sinne der Förderziele geht leer aus.
7. Die überwiegend hiebssatzbezogene Förderung wurde weitgehend durch eine flächen- oder maßnahmenbezogene Förderung abgelöst.

Thesen

6. Die Förderpolitik honoriert insbesondere verändertes Verhalten der Waldbesitzenden. Intrinsisch motiviertes Verhalten im Sinne der Förderziele geht leer aus.
7. Die überwiegend hiebssatzbezogene Förderung wurde weitgehend durch eine flächen- oder maßnahmenbezogene Förderung abgelöst.
8. Es gibt eine Förderkulisse für die Waldwirtschaft und eine für die Branchen nach der Holzwirtschaft. Für die Holzwirtschaft selbst gibt es (zu) wenig.

Thesen

6. Die Förderpolitik honoriert insbesondere verändertes Verhalten der Waldbesitzenden. Intrinsisch motiviertes Verhalten im Sinne der Förderziele geht leer aus.
7. Die überwiegend hiebssatzbezogene Förderung wurde weitgehend durch eine flächen- oder maßnahmenbezogene Förderung abgelöst.
8. Es gibt eine Förderkulisse für die Waldwirtschaft und eine für die Branchen nach der Holzwirtschaft. Für die Holzwirtschaft selbst gibt es (zu) wenig.
9. Die forstliche Förderpolitik hat sich von einer holzfördernden Politik zu einer Politik der Diskriminierung der Holznutzung (stofflich und thermisch) entwickelt.

Hintergrund 1: Entwicklung der GAP

Gemeinsame Agrarpolitik der EU

Produktivität →							
Wettbewerbsfähigkeit →							
Nachhaltigkeit →							
Die frühen Jahre (1960er Jahre)	Die Krisenjahre (1970er–1980er Jahre)	MacSharry-Reform (1992)	Agenda 2000 (1999)	Luxemburger Beschlüsse (2003)	GAP-„Gesundheitsprüfung“ (2008)	GAP-Reform 2013/14	GAP-Reform 2021
• Ernährungs-sicherung • Produktivitäts-steigerung • Marktstabi-lisierung • Einkommens-stützung	• Über-produktion • Ausgaben-explosion • Internationale Friktionen • Strukturmaß-nahmen	• Überschuss-reduzierung • Umwelt • Einkommens-stabilisierung • Budget-stabilisierung	• Vertiefung des Reform-prozesses • Wettbewerbs-fähigkeit • Ländliche Entwicklung	• Markt-orientierung • Verbraucher-aspekte • Ländliche Entwicklung • Umwelt • Vereinfachung • WTO-Kompatibilität	• Bekräftigung der 2003-Reform • Neue Herausforderungen • Risiko-management	• Begrünung • Zielorientierung • Umverteilung • Ende der Produktionsbeschränkungen • Wertschöpfungskette Nahrungsmittel • Forschung und Innovation	• neues Umsetzungsmodell • Nationaler GAP-Strategieplan • Ergebnisorientierung • Grüne Architektur

Quellen: Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen und Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL): Geschichte der Gemeinsamen Agrarpolitik

18

Hintergrund 2: Entwicklung der GAK

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur
und des Küstenschutzes“

Bis 2018: Förderbereich 5: Forsten

- A Naturnahe Waldbewirtschaftung
- B Forstwirtschaftliche Infrastruktur
- C Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse
- D Erstaufforstung

Ab 2019:

- E **Vertragsnaturschutz im Wald**
- F Förderung von Maßnahmen zur Bewältigung der
durch Extremwetterereignisse verursachten Folgen im
Wald

Hintergrund 3: ELER-Förderung

EU-Förderung für ländliche Räume + Ko-Finanzierung
durch die Länder

Seit 2007:

- Ist die forstliche ELER-Förderung stärker auf die Erbringung von **Ökosystemdienstleistungen** ausgerichtet
- Ausgleich von zusätzlichen Kosten und Einkommensverlusten aufgrund von **Natura 2000** (Artikel 46)
- sind Zahlungen für **Waldumweltmaßnahmen** (Artikel 47) förderbar
 - investive Naturschutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Steigerung des öffentlichen Wertes (z. B. Einrichtung von Waldlehrpfaden) der Wälder sind förderfähig

Thesen im Überblick

1. Die (forstliche) Politik hat die Holzwirtschaft nicht im Blick.
2. Sie ist nicht mit der allgemeinen Wirtschaftsförderung abgestimmt.
3. Sie steht teilweise im Widerspruch zu anderen Fördermaßnahmen.
4. Sie ist eher einem Nachteilsausgleich als der Honorierung von Leistungen.
5. Sie honoriert nicht Zustände oder die Zielerreichung, sondern (nur) Maßnahmen.
6. Frühes und intrinsisch motiviertes Verhalten im Sinne der Förderziele gehen leer aus.
7. Es gibt immer weniger hiebssatzbezogene Förderungen.
8. Die Holzwirtschaft sitzt in einer Förderlücke der Wertschöpfungskette.
9. Von der Nutzungsförderung zu einer Politik der Diskriminierung der Holznutzung (stofflich und thermisch).

21

Fazit und Empfehlungen



FoWi und HoWi zusammendenken und abgestimmt fördern



push und pull !!

- mehr „vom Ende her“ denken:

Bsp. „Laubholz-Technikum BW“



Förderlücke z.B. durch Technologieförderung und Finanzierungsangebote (KfW) schließen

- z.B. für Investitionen in Bandsägen



keine „Konkurrenz-Förderungen“

- FoWi nicht gegen HoWi,
NatSchz nicht gegen Holznutzung und
stoffliche nicht gegen thermische Nutzung
ausspielen

22



MENSCH WALD!

www.wald-und-holz.nrw.de

- Bis 2020 stellen die EU und das Land NRW insgesamt 15,6 Mrd. Euro bereit.
- Ihre Vorhaben werden nach dem Programm der Europäischen Union über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gefördert
- Die Realisierung ihres Vorhabens kann auf dem gesamten Gebiet des Landes NRW erfolgen.
- Bauleistungen dürfen sich über die Jahre 2015

Wald und Holz NRW

Wald und Holz NRW

Expand your Reach

Carlsweststraße 91a

59939 Olsberg

Telefon: 02962 9775

Fragen zur Antragstellung

Abstract

Antragsteller	Fördermaßnahmen			
	2.1	2.2	2.3	2.4
Natürliche oder juristische Person des Privatrechts als Eigentümer forstwirtschaftlicher Flächen und Religionsgemeinschaften	-	+	+	+
Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	-	+	+	+
Forstunternehmer Holzspediteure Sachverständige	-	+	+	+
Kleinst- und Kleinunternehmen der ersten Verarbeitungsstufe (Hacken, Spanen, Schälen, Sägen, Trocknung)	Kleinstunternehmer, max. 5000 fm/a, 90 % Laubholz			
		+	+	+

- Bewilligungsbehörde Wald und Holz NRW
- Antragseinreichung zu den Stichtagen (jährlich am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November)
- Formular: www.wald-und-holz.nrw.de/holz2015

- für Aufträge unterhalb des EU-Schwellenwertes (z. Z. 207.000 Euro) Einholung von drei Angeboten
- für Aufträge oberhalb des EU-Schwellenwertes europaweite Ausschreibung

Fazit und Empfehlungen

5

neben neuen und zusätzlichen
Maßnahmen (Handlungsanreiz) auch
Erreichtes und Vor-Leistungen würdigen
(Honorierung)

- in der FoWi und in der HoWi

6

horizontale Kooperation in der
Sägewirtschaft fördern

- schafft schneller größere
Verarbeitungsmöglichkeiten

7

Förderhorizonte mit Abschreibungszeiten
synchronisieren

- steigert die Planungssicherheit

Fazit und Empfehlungen

Zurück zur Ausgangsfrage:

Und was hat die Holzwirtschaft von der Politik?

1. Bis jetzt nur wenig - jedenfalls wirkt die Politik für und auf die Holz-Branche nicht verlässlich und nicht erkennbar „in eine Richtung“.
2. Sie dient zwar ausdrücklich auch der Nutzfunktion (z.B. Mobilisierung im Privatwald), wirkt aber allenfalls mittelbar oder auf die nächste Waldgeneration.
3. Die HoWi muss zumindest temporär mit Versorgungsengpässen rechnen.
4. Wenn man die heimische HoWi weiterhin (auch zur Finanzierung der WaWi) braucht und ein kundenorientierter Waldbau (auch temporär) nicht möglich ist, dann
 - muss ihr anders geholfen werden, die eigene Transformation zu beschleunigen – auch durch Kooperationen und Kooperationsanreize,
 - braucht sie mehr Planungssicherheit,
 - und zinsgünstige Darlehen für den erforderlichen Technologiewechsel,
 - sollte man auch die CO₂-Bindung in Holzkörpern stärker als förderwürdig in den Blick nehmen.

25

Ich danke ganz herzlich ...

- für hilfreiche Antworten auf meine Fragen und sehr gute Anregungen
 - einigen Unternehmern und GF der Säge- und Holzwirtschaft
 - Herrn Lars Schmidt, Generalsekretär des Vorstands beim DeSH
 - den Kolleginnen und Kollegen im Referat 82 der FD Freiburg
(Abt. 8, RP Freiburg, Leitung Ltd. FDir Matthias Wurster)
 - für eine tolle Unterstützung in der Vorbereitung
 - meiner Kollegin Dipl.-Ing. (FH) Annette Müller-Birkenmeier
 - für die Einladung und die Möglichkeit, hier vortragen zu dürfen
 - den Veranstalterinnen und Veranstalter des Winterkolloquiums
 - und für Ihre Aufmerksamkeit
- Ihnen allen!